Südschleswigscher Wählerverband

Pressemitteilung
Kiel, 12.04.2022

SSW-Ratsfraktion Kiel: Im Industriegebiet Friedrichsort die Festung nicht vergessen!

Zur tagesaktuellen Berichterstattung der Kieler Nachrichten über Pries/Friedrichsort und die dortigen Projekte und Entwicklungen erklärt Marcel Schmidt, Vorsitzender der SSW-Ratsfraktion Kiel:

"Das Industriegebiet in Pries/Friedrichsort soll in den nächsten Jahren zu einer innovativen Produktionsstätte werden, zum „StrandOrt". Aus historischer Sicht ist die Festung Friedrichsort die Keimzelle des Industriegebietes. Der Festung wegen haben sich dort einst die ersten Betriebe angesiedelt, um die Festung mit Gerät, Ausrüstung und Waffen zu versorgen. Sie ist aufgrund ihrer Lage der Dreh- und Angelpunkt des künftigen „StrandOrt".

Die Verwaltung hat zum „StrandOrt" umfangreiche Vorlagen erstellt. Darunter befinden sich ein Energie- und Mobilitätskonzept. Die KiWi hat ihre Hausaufgaben gemacht und ihre Rolle als Projektmanager definiert und ausgefüllt. Kiel kann mit diesen Fortschritten durchaus zufrieden sein. Mit der „Strandfabrik" in den ehemaligen Vossloh-Produktionsstätten verfügt der „StrandOrt" über eine hervorragende Einrichtung für industrie- und handwerksorientierte Start-ups.

Die Festung ist an dieser Entwicklung leider nicht beteiligt. Das ist schade, es ist auch auf die Dauer nicht gut für das gesamte Areal. Die Festung Friedrichsort ist die einzige deutsche Seefestung und stellt ein einzigartiges historisches Denkmal dar. Sie ist der Kristallisationspunkt der gemeinsamen dänisch-deutschen Geschichte unserer Stadt. Die Festung hat einen unschätzbaren kulturellen Wert, der die Einzigartigkeit des „StrandOrt" eindrucksvoll unterstreichen und ergänzen kann. Das wäre auch vor dem Hintergrund der Probleme bei Caterpillar ein wichtiger, positiver Impuls für das Industriegebiet.

Die Landeshauptstadt Kiel wollte die Festung kaufen und entwickeln, idealerweise zusammen mit dem Industriegebiet. Derr Oberbürgermeister, Dr. Ulf Kämpfer, hatte den Kauf der Festung in seinem „Wahlprogramm“ für die letzte OB-Wahl. Offensichtlich kann sich die Stadt mit den Eigentümern der Festung nicht auf einen Kaufpreis einigen. Dadurch geht viel Zeit verloren. Das Gelände der Festung und die Wassergräben sind hoch belastet, eine tickende Zeitbombe, die unsere Umwelt gefährdet. Das Einwerben von Fördermitteln wird durch die aktuellen Besitzverhältnisse erschwert. Drei Viertel der Festung sind in privater Hand und gehören unterschiedlichen Personen. Die letzten 15 Jahre waren für die Substanz und Erhaltung der Festung eine schwierige Zeit. Die Besitzverhältnisse haben größere Investitionen wirkungsvoll verhindert. Wir begrüßen ausdrücklich die Erfolgsgeschichte der Start-ups auf dem Gelände der Festung. Es ist dort ein kleines Kreativzentrum entstanden, das gehört zu einer vollständigen Analyse dazu.

Dennoch kann es so nicht weitergehen. Im Ergebnis verfällt die Festung seit Jahren und ist so ein Mahnmal für Geschichtsvergessenheit und eine schlechte Minderheitenpolitik, die seinerzeit zu der verhängnisvollen Entscheidung führte, die Festung einer Eigentümerstruktur auszuliefern, die für den Erhalt der Festung inzwischen eine reale Gefahr darstellt. Darüber hinaus gibt der Zustand der Festung nicht nur im baulichen Bereich zu denken. Auch die Altlastenproblematik ist beunruhigend. Direkt an der Wasserkante, direkt an der Kieler Förde befindet sich ein hochbelastetes Gebiet, welches nicht sachgerecht, beziehungsweise gar nicht betreut und gepflegt wird. Es wird höchste Zeit, dass die Festung Friedrichsort in professionelle Hände gelangt und Gefahren für Mensch und Umwelt verhindert werden.

Das langwierige Verhandeln und Beharren auf einem offensichtlich überhöhten Verkaufspreis hat Zeit gekostet und dazu geführt, dass die Zeit, in der die öffentliche Hand über finanzielle Flexibilität verfügte, vergeudet wurde. In der jetzigen Situation mit ihren aktuellen, vielfältigen Herausforderungen, sind die finanziellen Mittel überall äußerst knapp. Die Unnachgiebigkeit bei der Verhandlungsführung hat also im Ergebnis den möglichen Kaufpreis deutlich reduziert. Wir appellieren deshalb an alle Beteiligten, an einer konstruktiven Lösung zu arbeiten und sehen auch das Land in der Pflicht, dieses Kulturdenkmal Schleswig-Holsteins zu erhalten.“